



Inhalt

1.	EU Präsidentschaft.....	2
2.	Zypernfrage.....	3
3.	Gasvorkommen.....	4
4.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	7
5.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
6.	FES Zypern Veranstaltungen	10

1. EU Präsidentschaft

Am 31. Dezember endete die sechsmonatige EU Ratspräsidentschaft Zyperns. Die von der zypriotischen Ratspräsidentschaft gesetzten Schwerpunkte lagen auf der Förderung eines besseren Europas, was auch das Motto der Präsidentschaft war, wobei das Augenmerk besonders auf der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Solidarität und finanzpolitischer Konsolidierung wie auch auf Beschäftigung und der Schaffung von Arbeitsplätzen lag. Die tatsächlich erreichten Ergebnisse der zypriotischen Ratspräsidentschaft waren zwar weniger ehrgeizig, im Großen und Ganzen jedoch kann Zypern auf eine verhältnismäßig erfolgreiche Präsidentschaft zurückblicken. Die Befugnisse der EU Ratspräsidentschaft sollten in jedem Fall nicht überbewertet werden, da die Rolle der Präsidentschaft vor allem die eines Vermittlers und Gastgebers ist, dessen Mittel zur Beeinflussung von Entscheidungen begrenzt sind. Dies trifft noch mehr auf ein kleines Land wie Zypern zu. Einige der Hauptziele wurden jedoch erreicht, einige davon noch im letzten Monat der Präsidentschaft. Ab 1. Januar 2013 übernimmt Irland die Ratspräsidentschaft.

Am 11. Dezember wurde nach einem über dreißigjährigen Verhandlungsprozess eine Einigung zwischen der Präsidentschaft und dem EU Parlament im Hinblick auf ein einheitliches EU Patentgesetz erreicht. Das Gesetzespaket beinhaltet eine einheitliche Verordnung zum Schutz von Patenten, eine Übersetzungsverordnung und ein Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht. Ein einheitliches Patentrecht soll mehrfache Patentklage-

verfahren und widersprüchliche Urteile in den einzelnen Mitgliederstaaten für die jeweiligen Patente verhindern. Die Verabschiedung der Europäischen Patentverordnung kann der zypriotischen Ratspräsidentschaft als eine ihrer wichtigsten Leistungen angerechnet werden.

Am 14. Dezember wurde eine Einigung im Europäischen Rat über die Einführung eines Einheitlichen Überwachungsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) zur Kontrolle von Finanzinstitutionen erreicht, was die EU einer einheitlichen Wirtschafts- und Währungsunion einen Schritt näher bringt. Der Einheitliche Überwachungsmechanismus ist eine notwendige Voraussetzung für den Europäischen Stabilitätsmechanismus zur direkten Rekapitalisierung von Banken.

Eine wichtige strategische Initiative der zypriotischen Ratspräsidentschaft bestand in der Wiederbelebung der integrierten europäischen Meerespolitik durch die Limassol Erklärung zum Schutz der Meeresumwelt und der Seeverkehrssicherheit.

Wichtige gesetzliche Vorhaben wurden während Zyperns Ratspräsidentschaft vorangetrieben im Hinblick auf die Binnenmarktakte, Risikokapitals- und Unternehmensfonds, sowie transeuropäische Energienetzwerke.

Fortschritte wurden auch im Hinblick auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem und dem Schengenraum gemacht. Obwohl ein institutioneller Streit zwischen dem EU Parlament und dem Rat beigelegt wurde, konnte bis Jahresende das Projekt eines gemeinsamen

europäischen Asylsystems nicht verwirklicht werden.

Das am höchsten gesteckte Ziel und wohl auch das wichtigste Thema der EU Ratspräsidentschaft konnte nicht erreicht werden: die Verhandlungen zu einem Mehrjährigen Finanzrahmen, welches das EU Budget für die nächsten sieben Jahre abdecken sollte, konnten innerhalb der letzten sechs Monate nicht abgeschlossen werden. Es scheint jedoch, dass die Grundlagen für eine Einigung während der irischen Ratspräsidentschaft gelegt wurden. Zur Zeit ist jedoch noch kein Kompromiss zwischen der Kommission und dem Parlament in Sicht.

Vermutlich der größte und kaum wahrgenommene Erfolg der zypriotischen Ratspräsidentschaft ist der Umstand, dass keine größere Krise aus der Tatsache erwuchs, dass die Türkei die Beziehungen zur EU eingefroren hatte, um gegen die EU Ratspräsidentschaft Zyperns zu protestieren. Der EU Beitrittskandidat Türkei und die türkischen Zyprioten betrachten die ausschließlich griechisch-zypriotische Regierung der Republik Zypern nicht als legitimiert. Diese Sichtweise wird nicht vom Rest der internationalen Gemeinschaft geteilt. Alle Seiten legten jedoch ein verantwortungsvolles Verhalten an den Tag. Die griechischen Zyprioten hielten die Zypernfrage weitgehend aus der Präsidentschaft heraus (so wie es auch angekündigt worden war) und übte keinen zusätzlichen Druck auf die Türkei trotz deren Boykott aus. Aber auch die Türkei sowie die EU machten aus dieser Situation kein großes Thema und verhielten sich zurückhaltend.

2. Zypernfrage

Die Verhandlungen mit der Troika über Finanzhilfen von Seiten der EU und des IWF für die Republik Zypern im Rahmen des Rettungsschirms werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch einen Einfluss auf die Höhe der finanziellen Zuwendungen und Leistungen für türkische Zyprioten durch die Republik haben. Dieses Thema wird wiederholt in den Medien diskutiert und entweder im Kontext einer nationalistischen Rhetorik oder als Kritik an den entstehenden Kosten artikuliert, da die Mehrheit der türkischen Zyprioten keine Steuern in der Republik Zypern bezahlt, während zur gleichen Zeit die Sozialleistungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen gekürzt werden. Am 13. Dezember legten die beiden Oppositionsparteien DISY und DIKO einen Gesetzesentwurf vor, dem zufolge die kostenlose Gesundheitsfürsorge für türkische Zyprioten und die Zuwendungen für Asylbewerber eingestellt werden sollen, um Kosten von 50 Millionen Euro pro Jahr einzusparen. Die kostenlose Gesundheitsfürsorge war Teil einer Reihe von Maßnahmen, die unter der Regierung von Präsident Papadopoulos nach der Öffnung der Grenzübergänge im Jahr 2003 eingeführt wurden.

Eine Untersuchung im Rahmen der Initiative 'Cyprus 2015', die 2009 unter der Federführung der Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, zeigt, dass sowohl griechische wie auch türkische Zyprioten in zunehmendem Maße gegen eine umfassende Lösung in der Zypernfrage in der sich derzeit abzeichnenden Form stimmen würden. Insgesamt 51% der befragten griechischen

Zyprioten antworteten, dass sie in einem Referendum gegen eine Lösung stimmen würden, während nur 18% dafür wären. Für die türkischen Zyprioten ergab sich ein ähnliches Ergebnis, dem zufolge 41% der Befragten gegen eine Lösung wären. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass Frauen und junge Menschen innerhalb der griechisch-zypriotischen Bevölkerung in einem Referendum wahrscheinlicher mit Nein stimmen würden. Bei den türkischen Zyprioten sind Alter und Geschlecht keine entscheidenden Faktoren im Abstimmungsverhalten. Die Untersuchung zeigte zudem, dass auf beiden Seiten die Positionen der jeweiligen politischen Parteien das Abstimmungsverhalten beeinflussen. Ein großer Prozentsatz auf beiden Seiten (78% bzw. 80%) betonte, dass sie sich eine bedeutsamere Rolle der Zivilgesellschaft im Friedensprozess wünschen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden 1000 Menschen befragt, d.h. 500 auf jeder Seite.

Als Reaktion auf die von dem Präsidentschaftskandidaten und Parteichef der DISY, Nicos Anastasiades, gemachten Vorschläge, den Verhandlungsrahmen zu vergrößern, und die Türkei und die EU miteinzubeziehen mit dem Ziel einer losen Föderation, berief sich Präsident Christofias auf die UN Resolutionen und Vereinbarungen auf höchster Ebene und betonte, dass solche Vorschläge die Verhandlungen in der Zypernfrage negative beeinflussen würden. Zudem rief der Vorschlag des türkischen Ministers für europäische Angelegenheiten, Egemen Bagis, eine multinationale Konferenz mit Einbeziehung Griechenlands und der Türkei und der beiden Bevölkerungsteile

abzuhalten, eine gemeinsame Reaktion von Regierung und Opposition hervor. Dies entwickelte sich jedoch schnell zu einem Streit zwischen den griechisch-zypriotischen Parteien, die sich gegenseitig beschuldigten, der Türkei einen Vorwand zu geben, um eine Vier-Parteien-Konferenz voranzutreiben. Bagis bezog sich anscheinend auf eine Aussage von Alexander Downer, dem UN Sondergesandten für Zypern, der zufolge der Repräsentant der türkischen Zyprioten, Dervis Eroglu, den griechischen Premierminister Antonis Samaras treffen solle, während der nächste Präsident der Republik Zypern den türkischen Premierminister Tayip Erdogan treffen solle. Bagis beschrieb Downers Vorschlag als unvollständig und befürwortete ein Vier-Parteien Treffen.

3. Gasvorkommen

Ende Oktober beschloss die Regierung Zyperns, die Verhandlungen zur Lizenzvergabe für die Blöcke 2 und 3 mit den Konsortien ENI-KOGAS (Italien und Südkorea), für Block 9 mit Total-Novatec (Frankreich und Russland) und für Block 10 mit Total aufzunehmen. Im November fanden die Verhandlungen über finanzielle und technische Aspekte der vorliegenden Angebote zwischen der Regierung und den betreffenden Unternehmen statt, um mit dem Unterschriftenbonus die fast leeren Staatskassen vor Ende 2012 zu füllen. Die Verhandlungen mit Total-Novatec über die Bohrrechte in Block 9 wurden jedoch abgebrochen aufgrund widersprüchlicher Bewertungen was die Menge an Gasreserven betraf. Generell gilt, je höher die

voraussichtlichen Reserven kalkuliert werden, desto höher sind die Anteile der Regierung im Rahmen eines Produktionsbeteiligungsvertrags. Die Bewertung des französisch-russischen Konsortiums lag nach Angaben von Wirtschaftsminister Neoclis Silikiotis niedriger als die der Regierung, was folglich einen kleineren Anteil für den Staat bedeutet hätte. Obwohl die Wahl ursprünglich auf Total-Novatec fiel, das an vierter Stelle auf der Angebotsliste gelegen hatte, wurde letztendlich das italienisch-koreanische Joint Venture ENI-KOGAS ausgewählt, das auf Platz eins in der Liste stand. Die Verhandlungen mit Total über Block 10 werden weiter geführt.

Das Parlament verabschiedete einstimmig ein Gesetz zur Gründung und Kontrolle der staatlichen Gasfirma KRETYK. Das Gesetz beinhaltet u.a. eine Klausel der zufolge das Budget dem Parlament vorgelegt werden muss, wobei jedoch die Zustimmung des Parlaments nicht notwendig ist. Das Unternehmen untersteht der Kontrolle des Rechnungshofs und das Parlament muss der Berufung von Vorstandsmitgliedern zustimmen. KRETYK ist ein privates Unternehmen, an dem der Staat jedoch die Kapitalmehrheit hält. Das Gasunternehmen wird Teil eines Produktionsteilungsvertrages mit Nobel Energy bei der Gasförderung von Block 12 sein, der sich in der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns befindet. Zudem wird es auch an den Beratungen mit möglichen Investoren bei der Konstruktion eines Terminals für eine Verflüssigungsanlage in Zypern beteiligt sein.

Während des 2. Zypriotischen Energieforums in Nicosia, wurden die Kosten für eine Pipeline zwischen Zypern und Griechenland aufgrund

der immensen Kosten als unwirtschaftlich eingestuft. Zudem würde der Bau einer Pipeline langfristige Lieferverträge mit einer Preiskopplung an den Rohölpreis voraussetzen. Auch wären viele Exportmärkte ausgeschlossen. Andererseits ist der Handel von Flüssiggas mit Hilfe von Tankern kostengünstiger und flexibler, da eine Vielzahl von Märkten in Europa und Asien angesteuert werden könnte.

Eine Verflüssigungsanlage an Land stellt für Zypern die beste Option dar, wie auf dem Forum hervorgehoben wurde. Dem Leiter der Energieabteilung, Solon Kassinis, zufolge, will die Regierung das Land für den Bau einer Verflüssigungsanlage mit bis zu drei Produktionsreihen zur Verfügung stellen, was einer Kapazität von bis zu 15 Millionen Tonnen pro Jahr entspricht. Zudem gibt es Überlegungen für eine zypriotisch-israelische Zusammenarbeit bei dem Bau einer Verflüssigungsanlage, mit deren Hilfe sowohl zypriotisches als auch israelisches Gas aus dem Leviathan Feld exportiert werden könnte.

4. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 4. Dezember hielt Präsident Christofias eine an die Bevölkerung gerichtete Ansprache, in der er zu Einheit und verantwortungsvollem Handeln aufrief. Christofias bestätigte, dass es kein Zurück gäbe und die `schmerzlichen` Vereinbarungen eingehalten werden müssten. Einige Tage darauf verabschiedete das Parlament eine

Reihe von Sparmaßnahmen, die Teil der vorläufigen Vereinbarung sind. Diese beinhalten Einschnitte im öffentlichen Bereich, ein Einfrieren der zusätzlichen Leistungen und der automatischen Gehaltsinflationausgleichs (Cost of Living Allowance – CoLA) sowie Steuererhöhungen und eine Erhöhung des Benzinpreises. Bei Demonstrationen gegen das Sparpaket wurden Steine und Eier gegen das Parlamentsgebäude geworfen.

Letzten Monat verabschiedete Zypern zusammen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond eine vorläufige Vereinbarung über ein Hilfspaket in Höhe von 17.5 Milliarden Euro, was in etwa der jährlichen Wirtschaftsleistung Zyperns entspricht. 10 Milliarden Euro, und somit der größte Teil, sollen der Rekapitalisierung zypriotischer Banken dienen, die von der griechischen Schuldenkrise stark betroffen sind. Die Regierung wartet noch auf die Ergebnisse eines Gutachtens der Investmentfirma Pimco, welche die tatsächliche Größe des Bankenrettungspakets feststellen soll. Der Name der Firma, die das Gutachten dann nochmals überprüfen soll, wird in den nächsten Wochen bekanntgegeben.

Der vorläufige Bericht der Investmentfirma Pimco, die auch der weltgrößte Anleihenhändler ist, legte sich noch nicht auf einen zur Rekapitalisierung der Banken benötigten Betrag fest. Falls die Staatsverschuldung 120% des BIP erreicht, wird sie nach den Kriterien des IWF als untragbar eingestuft, da Zypern nicht mehr für Zinszahlungen aufkommen könnte. In diesem Fall müssten die Gläubiger zusätzliche Maßnah-

men prüfen, wie z.B. die breitangelegte Privatisierung halbstaatlicher Organisationen wie das Telekommunikationsunternehmen CYTA.

In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung wurde behauptet, dass der IWF in solch einem Fall einen Schuldenschnitt befürworte, da Zypern auch nach dem Inkrafttreten des Memorandums nicht in der Lage sei, die Zinsen zu bezahlen. Ohne eine nachhaltige Entschuldung werde sich der IWF nicht an einem Rettungspaket beteiligen. Dem Artikel zufolge würden weder Deutschland noch die Niederlande ein Rettungspaket ohne die Beteiligung des IWF in Betracht ziehen. Präsident Christofias schloss jedoch die Möglichkeit eines Schuldenschnitts für Zypern aus, da dies die Menge der für die Rekapitalisierung der Banken benötigten Mittel erhöhen und somit die Lage verschlimmern würde. Die zypriotischen Banken halten nämlich große Teile der zypriotischen Staatsanleihen. Das Augenmerk liegt jetzt auf der Bewertung durch Pimco, da diese letztendlich die Nachhaltigkeit der Verschuldung sowie die benötigte Kapitalmenge zur Bankenrettung festlegen wird. Das Ergebnis der Bewertung wird Mitte Januar bekannt gegeben, noch bevor sich die Eurogruppe am 21. Januar trifft, um den Rettungsplan zu diskutieren. Der Staat kann seinen Verpflichtungen noch bis Februar nachkommen, da die drei halbstaatlichen Unternehmen Cyta, AEK (Zyperns Stromproduzent) und EAC (Hafenbehörde) der Regierung ein Darlehen von insgesamt 250 Millionen Euro zur Verfügung stellten. Dies geschah gegen den Protest der Mitarbeiter, da die Mittel zu großen Teilen aus den Pensionskassen stammten. Ohne diese

Finanzspritze wäre der Staat bankrott gewesen und hätte keine Löhne und Gehälter auszahlen können.

Am 19. Dezember verabschiedete das Parlament den Haushalt für 2013 auf der Basis der mit der Troika ausgehandelten Vereinbarungen. Es stimmten 51 Abgeordnete dafür und zwei dagegen (Perdikis von den Grünen und Koutsou von der EVROKO). Der Haushalt sieht Ausgaben von 9.5 Milliarden Euro und Einnahmen von 7.6 Milliarden Euro vor. Die Staatsverschuldung wird mit 92% des BIP veranschlagt, was 16 Milliarden Euro entspricht. Das BIP wird für 2013 auf 17.5 Milliarden Euro geschätzt im Vergleich zu 17.9 Milliarden Euro für 2012. Die Staatsverschuldung lag 2012 bei 85.3% des BIP, was 15.3 Milliarden Euro entspricht.

Dem zypriotischen Amt für Statistik zufolge lag die Arbeitslosenrate im dritten Quartal 2012 bei 12.1% was Ende November einer Zahl von 39.522 Arbeitslosen entsprach. Die Ratingagentur Standard & Poor's stuft Zyperns kurz- und langfristige Kreditwürdigkeit um 2 Punkte herab aufgrund von extremem finanziellen Druck und Verzögerungen bei den Verhandlungen des Rettungspakets. Die Kaufkraft der Zyprioten liegt nun unterhalb des europäischen Durchschnitts, wie Eurostat berichtete.

Innenpolitische Entwicklungen

Das Management von Orphanides, eine der größten Supermarktketten Zyperns, kündigte an, dass sie unter Konkursverwaltung steht. Orphanides hat gegenüber seinen Zulieferern und anderen Gläubigern Schulden in Höhe von

85 Millionen Euro und Verluste von 17.7 Millionen Euro in den ersten drei Quartalen 2012. Ein vorläufiger Plan der Wirtschaftsprüfungsfirma KPMG wurde den Zulieferern und der Bank of Cyprus vorgelegt, um die Firma weitere zwei Monate über Wasser zu halten. Danach wird sich herausstellen, ob eine betriebswirtschaftliche Restrukturierung die Kette retten kann. Zunächst sollen ausstehende Rechnungen bei Zulieferern beglichen und die Gehälter und Stromrechnungen sowie andere wichtige Dienstleistungen bezahlt werden.

Am 28. Dezember zahlten die Versicherer und Rückversicherer des Vassilikos Kraftwerks insgesamt 132.5 Millionen Euro an die Elektrizitätsgesellschaft EAC aus. Das Kraftwerk wurde durch eine Explosion in dem nahe gelegenen Marinestützpunkt im Juli 2011 zerstört. EAC erhielt aus dieser Summe 102.5 Millionen Euro zusätzlich zu den bereits ausgezahlten 30 Millionen Euro, die zum Wiederaufbau des Kraftwerks verwendet wurden. Dies ist das Ergebnis einer vorläufigen außergerichtlichen Einigung zwischen der Regierung und EAC. Die Regierung verpflichtete sich den Versicherern gegenüber zu einer Kompensationszahlung von 99 Millionen Euro in Anerkennung ihrer Verantwortung bei der Explosion. Von den 102.5 Millionen Euro, die EAC erhielt, stellt die Elektrizitätsgesellschaft 72.5 Millionen Euro und weitere 100 Millionen Euro aus ihrer Pensionskasse als Darlehen an die Regierung zur Verfügung zur Deckung des finanziellen Engpasses.

5. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Haushaltsdebatte für das Jahr 2013, die im November begann, wurde im Dezember abgeschlossen. Das Gesamtbudget wurde am 18. Dezember durch einen Mehrheitsbeschluss im Parlament verabschiedet und beläuft sich auf 3.443.330.348 Türkische Lira (ca. 1.5 Milliarden Euro). Der Haushalt wurde verabschiedet trotz der gegenwärtigen politischen Krise innerhalb der UTB Partei (Partei der Nationalen Einheit) von Premierminister Kucuk.

Vor der Verabschiedung des Budgets reiste Premierminister Kucuk nach Ankara um für die 'TRNZ'¹ das Wirtschaftsprogramm für 2013 – 2015 zu unterzeichnen. Das Programm beinhaltet ein Protokoll zur wirtschaftlichen Kooperation, das Zahlungen von 3 Milliarden Türkische Lira in Form von Darlehen und Zuschüssen von der Türkei umfasst. Die Türkei wurde von dem stellvertretenden Premierminister für zypriotische Angelegenheiten, Besir Atalay, vertreten. Bei der Unterzeichnung haben sowohl Kucuk wie auch Atalay betont, dass die Verträge in

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TNRZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während Dervis Eroglu in den Augen der Türkei und der türkischen Zyprioten der legitime Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da nur die Regierung der Republik Zypern international anerkannt ist, wird die gesamte Insel als EU Mitglied betrachtet. Das Acquis communautaire ist jedoch solange ausgesetzt, bis die Zypernfrage endgültig geklärt ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Zypern von türkisch-zypriotischen Verantwortlichen unter Mitarbeit von verschiedenen Interessenvertretern ausgearbeitet wurden und danach von der Türkei modifiziert wurden. Die Einzelheiten des Programms wurden bis zur Unterzeichnung geheim gehalten. Türkisch-zypriotische Oppositionsparteien behaupten jedoch, dass das Programm und die darin enthaltenen Spar- und Privatisierungsmaßnahmen von Ankara diktiert wurden.

Nach zweimonatigen Verhandlungen wurde am 11. Dezember ein Vertrag unterzeichnet zwischen dem Minister für Öffentlichen Bau und Kommunikation, Hamza Ersan Sanar, und einem Konsortium unter der Leitung von der Tasyapi Construction Company, das am 27. September den Zuschlag erhielt, den Flughafen Ercan zu managen. Oppositionsparteien zufolge können mit Hilfe dieses einmaligen Leasinggeschäfts die Gehälter im öffentlichen Bereich nur bis Ende 2012 bezahlt werden und keine langfristigen Gewinne erzielt werden.

Investitionen bei Infrastrukturprojekten wurden weiter getätigt, die u.a. auch von der Europäischen Union finanziert werden. Die städtische Abwasseranlage in Guzelyurt (Morphou) wurde am 12. Dezember in Betrieb genommen. Die Kosten lagen bei vier Millionen Euro. Türkisch-zypriotische und EU Vertreter nahmen an der Einweihung teil.

Die Türkei führte elektronische Reisepässe mit computerlesbaren Chips ein, um die Sicherheit zu erhöhen. Die neuen Reisepässe sollen im Januar 2013 eingeführt werden. Die Kosten für

die Einführung lagen bei 90 Millionen Türkische Lira.

Die Stadtverwaltung von Nicosia (LTB) konnte die andauernde Krise nicht beheben. Obwohl Zusicherungen über eine Neustrukturierung und die Finanzierung durch die türkische Vakif Bank bestanden, war die Zukunft der Stadtverwaltung und der städtischen Angestellten Ende des Monats nicht klar.

Vor diesem Hintergrund betonte die Türkei im Dezember wiederholt, dass sie der Republik Zypern einen Darlehen geben könne. Zudem wurde wenig sinnigerweise ein Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass die Türkei Strom und Wasser via Pipeline liefert, und der Finanzkrise der Republik Zypern hergestellt. Der türkische Minister für EU Angelegenheiten, Egemen Bagis, betonte mehrmals, dass ein Kredit oder finanzielle Hilfe nur dann geleistet werden, wenn die Regierung Zyperns die zuständigen türkisch-zypriotischen Stellen ansprechen würden. Durch die öffentliche Bekanntmachung ist es jedoch noch unwahrscheinlicher geworden, dass die griechisch-zypriotische Seite auf dieses Angebot eingehen wird.

Die türkisch-zypriotische Eigentumskommission (Immovable Property Commission – IPC), die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte untersteht und die damit beauftragt ist, Eigentumsfragen für durch die Teilung betroffenen Eigentum im Norden zu regeln, legte offen, dass bis zum 18. Dezember 2012 insgesamt 94.327.000 Pfund Sterling an griechisch-zypriotische Antragssteller in Form von Kompensationen geleistet wurden. Eine einver-

nehmliche Vereinbarung wurde im November zwischen einem griechisch-zypriotischen Eigentümer und dem derzeitigen Nutzer des Eigentums über eine Kompensation von 3.338.600 Pfund Sterling getroffen.

Innenpolitische Entwicklungen

Der Wechsel einiger Politiker zu der regierenden UBP am 31. Dezember kam einem politischen Paukenschlag gleich. Unterstützer dieses Projekts wie Premierminister Kucuk bezeichneten dies als `Greater UBP`. Innerhalb der Partei und der Öffentlichkeit war dieses Projekt jedoch umstritten. Die beiden Splitterparteien `Democracy and Trust Party` (DGP) und `Freedom and Reform Party` (ORP) vereinigten sich wieder mit der UBP. Der Parteivorsitzende der ORP, Turgay Avci, war, bevor er 2006 die ORP gründete, der Generalsekretär der UBP. Danach war die ORP Juniorpartner in einer Koalitionsregierung mit der linken `Republican Turkish Party` (CTB), die jedoch 2009 nicht wiedergewählt wurde. Der Parteivorsitzende der DGP, Tahsin Ertugruloglu, führte die UBP zwischen 2006 und 2008. Er verließ jedoch die Partei aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit seinem Rivalen Dervish Eroglu, der dann 2008 die Kontrolle über die Partei an sich nahm. Ertugruloglu stellte sich 2010 als unabhängiger Kandidat in den Wahlen auf, verlor jedoch gegen Eroglu inmitten einer Vielzahl anderer Kandidaten. Ertugruloglu gründete dann 2011 die DGP.

Der Wechsel sollte den Ausgang in einem Machtkampf innerhalb der UBP beeinflussen. Avci hatte schon in den vergangenen Wochen

und Monaten seinen Wunsch angekündigt, in die 'Greater UBP' zu wechseln. Dem stellt sich Widerstand innerhalb der UBP entgegen.

Das Bezirksgericht von Nicosia ordnete am 26. November eine einstweilige Verfügung zugunsten von Ahmet Kasif an, der die Rechtmäßigkeit der Wahl von Premierminister Irsen Kucuk zum Parteivorsitzenden der UBP angefochten hatte. Der Parteikongress der UBP hatte in einer Kontroverse über die notwendige Anzahl an Stimmen zur Erlangung des Parteivorsitzes geendet. Kucuk legte Widerspruch gegen die Anordnung an, die vom vorsitzenden Richter jedoch abgelehnt wurde. Ein endgültiges Urteil wird am 3 Januar 2013 verkündet. Es wird erwartet, dass der Richter eine Wiederholung der Wahl anordnet.

Im Hinblick auf internationale Entwicklungen haben die Türkei und die Repräsentanten der türkischen Zyprioten versucht, den Abschluss der Vergabe von Gaslizenzen in der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern zu verhindern. Die türkische Seite bestand darauf, dass die Turkish Petroleum Corporation (TPAO) Bohrrechte in den territorialen Gewässern der 'TRNZ' habe, die mit jenen in der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern überlappen.

In der Zwischenzeit sondierte die UN (Good Offices), unter welchen Bedingungen beide Seiten sowie Griechenland und die Türkei erneut Gespräche zu substantiellen Verhandlungen in der Zypernfrage aufnehmen könnten. In diesem Zusammenhang schlug die türkische Seite einen Zeitplan als notwendige Voraussetzung vor.

Das staatliche Planungsbüro veröffentlichte den Zensusbericht vom 18. Dezember 2011, demzufolge die Bevölkerung im Norden 294.396 beträgt.

6. FES Zypern Veranstaltungen

The Cyprus Center for Intercultural Studies / Friedrich Ebert Stiftung (FES) / Cyprus Academic Forum (CAF) / UNESCO Chair on Cultural Diversity and Intercultural Dialogue for a Culture for Peace

Konferenz:

Intercultural Dialogue and Cultural Diplomacy in Practice

15. Januar: 15.00-17.45

UNESCO-Amphitheatre
University of Nicosia, Cyprus
Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak und Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com